

CH_VB 88.457 vom 7. Oktober 1988

Bundesverwaltung, 1988-10-07, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_88.457

FR: CH_VB 88.457 du 7 octobre 1988

IT: CH_VB 88.457 del 7 ottobre 1988

Erwägungen

E. 7

Oktober 1988 N 1501 Interpellation Wiederkehr Sicherungsexperten bei den Pensionskassen eine Verstärkung des Deckungskapitals von 4 bis 6 Prozent. Daraus ergeben sich folgende Fragen: 1. Trägt der Bundesrat bei der Vorbereitung der 10. AHV-Revision der gegenüber den siebziger Jahren verlängerten Lebenserwartung Rechnung? 2. Ist diese verlängerte Lebenserwartung auch bei der Revision der Statuten der EVK berücksichtigt worden? 3. Gedenkt der Bundesrat, Vorkehren zu treffen, damit die Vorsorgeeinrichtungen der 2. Säule das Deckungskapital verstärken? 4. Wird der Umrechnungssatz von 7,2 Prozent der BVG-Guthaben demnächst nach unten korrigiert?

Texte de l'interpellation du 14 mars 1988 Les nouvelles statistiques publiées par les compagnies suisses d'assurance sur la vie révèlent que l'espérance de vie s'est sensiblement allongée ces dix dernières années. Si l'on compare la moyenne des chiffres publiés pour les années 1981/1984 avec celle des chiffres figurant dans les statistiques de 1971/1975, on constate que l'espérance de vie s'est allongée de quelque 2 pour cent chez les personnes de 30 ans, de 4 pour cent environ chez les personnes de 50 ans et de 7 pour cent chez les personnes de 70 ans. Une telle progression implique une augmentation proportionnelle des engagements que devront honorer les caisses de retraite et l'AVS. Au vu des nouvelles statistiques sur l'espérance de vie, certains experts en assurance estiment que les caisses de retraite devront augmenter leur réserve mathématique de 4 à 6 pour cent. Cette situation appelle les questions suivantes: 1. Le Conseil fédéral tient-il compte de l'allongement de l'espérance de vie par rapport aux années septante dans la préparation de la 10ème révision de l'AVS? 2. A-t-on pris en considération ce même phénomène lors de la révision des statuts de la caisse fédérale d'assurance? 3. Le Conseil fédéral a-t-il l'intention de prendre des mesures afin d'obtenir des institutions de prévoyance du 2ème pilier qu'elles augmentent leur réserve mathématique? 4. Le taux de conversion pour le calcul de la rente de vieillesse, qui est actuellement fixé à 7,2 pour cent de l'avoit de vieillesse, sera-t-il prochainement réduit?

Mitunterzeichner- Cosignataires: Aliesch, Aregger, Bremi, Eppenberger Susi, Fischer-Seengen, Früh, Giger, Loretan, Mauch Rolf, Müller-Meilen, Scheidegger, Schule, Spalti, Spoerry, Stucky, Tschuppert, Weber-Schwyz, Wyss Paul, Zwingli (19) Schriftliche Begründung - Développement par écrit Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 13. Juni 1988 Rapport écrit du Conseil fédéral du 13 juin 1988 Das Phänomen der steigenden Lebenserwartung wird seit vielen Jahrzehnten beobachtet und hatte auch entsprechende Auswirkungen auf die Altersversicherungen wie AHV und berufliche Vorsorge. In den für die Versicherungsführung unerlässlichen Rechnungsgrundlagen wurde in Vergangenheit und Gegenwart der steigenden Lebenserwartung immer wieder Rechnung getragen. Zu den einzelnen in der Interpellation aufgeworfenen Fragen kann der Bundesrat wie folgt Stellung nehmen: 1. Der Bundesrat

trägt den demographischen Auswirkungen auf die Finanzierung der AHV Rechnung. Im Demographie-bericht AHV geht er von einem weiteren deutlichen Anstieg der Lebenserwartung aus. Ohne Zunahme der Realeinkommen müsste dies dazu führen, dass der Finanzhaushalt der AHV ab Anfang der 90er Jahre Defizite aufweist. Die demographischen Untersuchungen zeigen aber auch mit Deutlichkeit auf, dass eine positive Entwicklung von Wirtschaft und Realeinkommen die negativen Tendenzen bei der Entwicklung der Bevölkerungsstruktur auffangen oder doch mildern kann. Bei einem Wachstum der Realeinkommen von jährlich im Durchschnitt 1,9 Prozent ist die Erhaltung des heutigen Leistungsstandes bis 2025 ohne zusätzliche Finanzierungsmassnahmen gewährleistet. Ein Wachstum von durchschnittlich 1,1 Prozent pro Jahr würde die Leistungen bis gegen 2010 abdecken. Reallohnsteigerungen von 1,5 Prozent im Durchschnitt sichern das Finanzierungs-gleichgewicht bis gegen 2015. 2. Bei der Statutenrevision der EVK wurde die Lebenserwartung in dem Sinne mitberücksichtigt, als die neuen Ansätze längerfristig zu einer finanziellen Entlastung des Arbeitgebers führen. Das Kostenniveau zulasten des Arbeitgebers erhöht sich um etwa 2,5 Prozent bei der EVK (PHK: 2 Prozent). Dieses Geld dient fast vollumfänglich der Erhöhung des Kapitalstockes. Diese Tendenz konnte auch bei Simulationsrechnungen festgestellt werden, die über das Jahr 1999 hinausreichten. Mit dieser gegenüber den alten EVK- und PHK-Statuten verbesserten Kapitalisierung kann die erhöhte Lebenserwartung der Versicherten aufgefangen werden. 3. Der Bundesrat sieht keinen Anlass, Vorkehren zu treffen, damit die Vorsorgeeinrichtungen der 2. Säule das Deckungskapital verstärken. Die Berechnung des erforderlichen Deckungskapitals ist Sache der von den einzelnen Vorsorgeeinrichtungen beauftragten Experten. Diese haben bereits bis anhin der zunehmenden Lebenserwartung die notwendige Beachtung geschenkt, und dies wird auch in Zukunft der Fall sein. 4. Der Umwandlungssatz für die BVG-Altersguthaben wurde auf Basis der Grundlage EVK 80 und einem technischen Zinssatz von 3,5 Prozent ermittelt. Damit ergibt sich gegenüber dem vom BVG vorgesehenen Zins von 4 Prozent bereits eine Reserve, über die sich die Zunahme der Lebenserwartung vorläufig auffangen lässt. Eine Schätzung aufgrund der neuen AHV-Grundlagen (AHV VI) lässt den Schluss zu, dass der Umwandlungssatz auch bei weiterhin steigender Lebenserwartung bis nach dem Jahr 2000 anwendbar sein wird. Die Frage ist periodisch zu überprüfen, so dass gegebenenfalls eine Anpassung vorgenommen werden kann. Zur Zeit besteht dazu kein Anlass. Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt. #ST# 88.457 Interpellation Wiederkehr Bundesamt für Forstwesen und Landschaftsschutz Office des forêts et de la protection du paysage Wortlaut der Interpellation vom 7. Juni 1988 Der Vorsteher des EDI beabsichtigt in nächster Zeit die Auflösung des Bundesamtes für Forstwesen und Landschaftsschutz (BFL). Ich frage daher den Bundesrat:

E. 11

Teilt der Bundesrat die Meinung, dass das ohnehin überlastete (und in erster Linie auf technische Lösungen ausgerichtete) Bundesamt für Umweltschutz die gewaltigen Aufgaben, die heute dem Forstwesen angesichts des Waldsterbens gestellt sind, nicht ausreichend zu erfüllen vermag. Ist nicht zu befürchten, dass das BUS - heute schon in der Rolle des ungeliebten Warners - noch mehr in die Defensive gedrängt wird?

E. 12

Von der Angliederung der Hauptabteilung Wald und der Hauptabteilung Landschaftsschutz an das neue Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft wird zunächst das bisherige

Personal des BUS nicht betroffen. Es ist aber denkbar, dass sich im Verlaufe der Zeit im Bereiche der bisherigen Schnittstellen Harmonisierungen in der Aufgabenstellung ergeben könnten. Diese Entwicklung wird sich indessen nicht zum Nachteil des Personals auswirken. Zweifellos werden die Erfahrungen mit der neuen Organisationsform allfällige bestehende Bedenken, die im Personal möglicherweise geäußert werden, zerstreuen. Dies ist vorab eine Aufgabe des erweiterten Führungsgremiums.

2. Weil der Bundesrat sich der hohen Bedeutung des Waldes bewusst ist, stand im Mittelpunkt der Reorganisationsbestrebungen im Bereich der «grünen» Bundesämter des EDI eindeutig die Absicht, eine einheitliche und starke Umweltpolitik des Bundes durch den konzentrierten Einsatz der Ressourcen sicherzustellen.

3. Weil in jüngster Zeit die Lebensgemeinschaft Wald als Folge der Belastung von Luft, Wasser und Boden ernsthaft gefährdet ist, muss es ein erklärtes Ziel der BUNESpolitik sein, Schäden mit unabsehbaren Folgen für unser Ökosystem zu verhindern. Aufgrund dieser Überzeugung war es naheliegend, dem Gedanken der Legislaturplanung 1987 bis 1991 im Sinne von «Mehr Lebenswert» mit der Schaffung eines Amtes für Umwelt, Wald und Landschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Die Bestrebungen von Parlament und Bundesrat gehen seit Jahren dahin, die Strukturen der Bundesverwaltung nach dem Prinzip der rationellen Mittelbewirtschaftung unter Berücksichtigung einer optimalen Aufgabenerfüllung eines zweckmässigen Personaleinsatzes zu vereinfachen. In diesem Zusammenhang sei auf das verwaltungsinterne Effizienzsteigerungsprojekt (Effi) und das Anschlussprojekt Effizienzsteigerung-Querschnittsmassnahmen-Bundesverwaltung (Effi-QM-BV) verwiesen. Die Schaffung eines neuen

7. Oktober 1988 N 1503 Interpellation der liberalen Fraktion Amtes, gegebenenfalls mit neuen Inhalten, hätte die Absicht, Doppelspurigkeiten abzubauen, Schnittstellen zu eliminieren und gemeinsame Aufgaben einheitlich zu betreuen, zunichte gemacht und wäre auch dem Ziel des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushalts vom 4. Oktober 1974 nicht gerecht geworden. Mit der Integration wesentlicher Teile des Bundesamtes für Forstwesen und Landschaftsschutz (Hauptabteilung Wald und Hauptabteilung Landschaftsschutz) hat der Bundesrat ein zentrales Amt, allerdings mit etwas erweiterter Ausprägung, geschaffen. Diese Konzeption erlaubt es dem neuen Bundesamt, eine Interessenabwägung vorzunehmen, die dem Gedanken eines umfassenden Schutzes der Umwelt (Menschen, Tiere, Wald und Landschaft) nachleben kann. Um diese Ziele zu verwirklichen, hat der Bundesrat von seiner Organisationskompetenz Gebrauch gemacht. Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates befriedigt. #ST# 88.462 Interpellation der liberalen Fraktion Entscheid des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Konsequenzen für die Schweiz Interpellation du groupe libéral Conséquences pour la Suisse d'un arrêt de la Cour européenne des droits de l'homme Wortlaut der Interpellation vom 8. Juni 1988 In einem Entscheid vom 29. April 1988 betreffend eine Schweizer Bürgerin, die wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration zu einer Busse von 120 Franken verurteilt worden war, ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte einstimmig der ebenfalls einstimmigen Meinung der Kommission gefolgt und hat erwogen, dass die auslegende Erklärung, die der Bundesrat zum Zeitpunkt der Ratifizierung abgegeben hat, ungültig sei, weil sie den Anforderungen von Artikel 64 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten entgegenstehe, der Vorbehalte allgemeiner Art untersagt und darüber hinaus eine kurze Inhaltsangabe der Gesetze verlangt, derentwegen ein Vorbehalt gemacht wird. Der Bundesrat wird eingeladen, folgende Fragen zu beantworten : 1. Die Schweiz hat die

Europäische Menschenrechtskonvention sehr spät ratifiziert und so die Möglichkeit gehabt, ihren Beitritt in voller Kenntnis der Sachlage vorzubereiten. Wie kommt es, dass eine auslegende Erklärung unvollständig oder sogar auf eine Weise formuliert wird, die die Konvention selbst verbietet? 2. Stellt der Entscheid vom 29. April 1988 nicht die auslegende Erklärung der Schweiz auch im Bereich der Öffentlichkeit der Gerichtssitzungen oder der Gewähr unentgeltlichen Rechtsbeistandes in Frage? 3. Der erwähnte Entscheid folgt auf andere Entscheide, die für die Schweiz rechtliche Änderungen, insbesondere im Bereich des Scheidungsverfahrens, nach sich ziehen könnten. Wird er die Bundesbehörden zwingen, Gesetzestexte des Bundes zu ändern? Wenn ja, welche? 4. Wie sieht der Bundesrat die Zukunft, insbesondere die allfällige Ratifizierung des Zusatzprotokolls 1 (das insbesondere freie Wahlen mit geheimer Stimmabgabe garantiert) oder die Ratifizierung des Zusatzprotokolls 4 (das namentlich Kollektivausweisungen von Ausländern allgemein verbietet) angesichts der besonderen Verhältnisse in der Schweiz (Landsgemeinde, restriktive Massnahmen gegenüber ausländischen Arbeitskräften)? 5. Nach glaubwürdigen Quellen sollen mehrere europäische Länder die Absicht haben, den Geltungsbereich von Artikel 6 der Konvention mit einem Zusatzprotokoll einzuschränken, da der Europäische Gerichtshof den Begriff der Zivilstreitigkeiten ausserordentlich weit auslegt. Wie stellt sich der Bundesrat dazu? Texte de l'interpellation du 8 juin 1988 Dans un arrêt du 29 avril 1988, concernant une ressortissante suisse condamnée à une amende de 120 francs pour participation à une manifestation interdite, la Cour européenne des droits de l'homme, statuant à l'unanimité et suivant le préavis également unanime de la commission, a considéré que la déclaration interprétative faite par le Conseil fédéral au moment de la ratification n'était pas valable, parce que contraire aux exigences de l'article 64 CEDH qui interdit les réserves de caractère général et impose en outre une brève description des dispositions légales faisant l'objet de la réserve. Le Conseil fédéral est invité à répondre aux questions suivantes: 1. Compte tenu notamment du fait que la Suisse a ratifié très tard la Convention européenne des droits de l'homme, et qu'elle a ainsi eu la possibilité de préparer son adhésion en toute connaissance de cause, comment peut-on expliquer qu'une déclaration interprétative soit formulée de manière incomplète ou même prohibée par la convention elle-même? 2. L'arrêt du 29 avril 1988 ne met-il pas en cause la déclaration interprétative de la Suisse également dans le domaine de la publicité des audiences ou de la garantie de la gratuité de l'assistance judiciaire? 3. Venant à la suite d'autres arrêts susceptibles d'entraîner pour la Suisse des modifications du droit, notamment en matière de procédure de divorce, l'arrêt précité va-t-il obliger les autorités fédérales à modifier des textes légaux de la Confédération? Si oui, le Conseil fédéral peut-il indiquer lesquels? 4. Comment le Conseil fédéral voit-il l'avenir, particulièrement la ratification éventuelle du Protocole additionnel 1 (qui garantit notamment des élections libres au scrutin secret) ou du Protocole additionnel 4 (qui interdit notamment d'une manière générale des expulsions collectives d'étrangers) au regard des circonstances qui sont propres à la Suisse (Landsgemeinde, mesures de restriction dans le domaine de la main-d'oeuvre étrangère)? 5. Selon des renseignements dignes de foi, divers pays européens envisageraient de limiter la portée de l'article 6 de la Convention, au moyen d'un protocole additionnel, compte tenu de l'interprétation extrêmement extensive que donne la Cour européenne à la notion de litiges civils. Quelle est la position du Conseil fédéral à cet égard? Sprecher - Porte-parole: M. Leuba Schriftliche Begründung - Développement par écrit La Convention européenne des droits de l'homme (CEDH), conclue à Rome le 4 novembre 1950, est entrée en vigueur pour la Suisse le 28 novembre

1974. Elle a été complétée par des protocoles additionnels et des accords, dont certains seulement ont été ratifiés par la Suisse à ce jour. En signant, la Suisse a formulé une déclaration interprétative concernant notamment l'article 6, alinéa premier CEDH qui garantit aux individus la solution juridictionnelle de tout litige portant, soit sur des droits ou obligations de caractère civil, soit sur le bien-fondé d'une accusation en matière pénale. Par cette déclaration, le Conseil fédéral signifiait qu'il comprenait l'article 6, alinéa premier CEDH comme tendant uniquement à assurer un contrôle judiciaire final des actes ou décisions litigieux. On peut affirmer que les conséquences de l'arrêt du 29 avril 1988 iront, pour la Suisse, bien au-delà d'une simple condamnation dans un cas d'espèce.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Interpellation Wiederkehr Bundesamt für Forstwesen und Landschaftsschutz Interpellation Wiederkehr Office des forêts et de la protection du paysage In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1988 Année Anno Band III Volume Volume Session Herbstsession Session Session d'automne Sessione Sessione autunnale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung

E. 16

Séance Seduta Geschäftsnummer 88.457 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 07.10.1988 - 08:00 Date Data Seite 1501-1503 Page Pagina Ref. No

E. 20

016 769 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.